

## 1918 – Redebeitrag, Berlin, Brandenburger Tor, 8.11.2018

1918 rollten Kaiser-, Königs- und Fürstenkronen in den Staub, heute geht es um Sessel – im Plenarsaal des Reichstagsgebäudes wie in etlichen Gewerkschaftshäusern:

Am 16. Oktober begingen der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) gemeinsam das 100. Jubiläum der deutschen Sozialpartnerschaft, da drüben im Deutschen Historischen Museum, Unter den Linden Nr. 2.

Einladende: DGB-Vorsitzender Reiner Hoffmann und Ingo Kramer, Präsident der Arbeitgeberverbände (BDA). Anlass: Vor 100 Jahren hatten die Arbeitgeberverbände der Großindustrie im sogenannten Stinnes-Legien-Abkommen die Gewerkschaften als „*berufene Vertretung der Arbeiterschaft*“ und als „*gleichberechtigte Tarifpartner*“ anerkannt.

Reiner Hoffmann: „*Eigene Interessen klar benennen, Konflikte nicht scheuen, trotzdem fair bleiben und am Ende zum Konsens kommen: Das ist gelungene Sozialpartnerschaft*“ („*Fair bleiben*“ – gemeint: die bürgerliche Ordnung weiterhin respektieren, den vermeintlich weiterhin möglichen „*Konsens*“ mit der herrschenden Klasse erhalten).

Festrede: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier – Beleg dafür, wie wichtig Regierung und Unternehmern die Fortsetzung der 1918 getroffenen Vereinbarung zwischen Regierung, Unternehmern und Gewerkschaften ist, um auch heute nicht mehr ausschließbaren Unruhen vorzubeugen. Unausgesprochenes Motto, damals wie heute: „*Lieber Betriebsräte, Acht-Stunden-Tag und Sozialpartnerschaft als eine Revolution.*“ Der Feier vorausgegangen war die Entscheidung der SPD, ihre Historiker-Kommission abzuschaffen, die zum Thema November-Revolution im November 2018 Stellung nehmen sollte.

Mehr zur gefeierten Vereinbarung zwischen Unternehmern und Gewerkschaften vom 15. November 1918 – in Wahrheit Resultat der revolutionären Bewegung, ausgelöst durch die Matrosen-Aufstände in Kiel und Wilhelmshaven – nach einem kurzen Abriss des vielfach unterschlagenen, uminterpretierten und verfälschten historischen Zusammenhangs.

Vor 1914-18: Internationaler Sozialisten-Kongress in Stuttgart, August 1907: „*Der Kongress stellt aufs neue fest, dass der Kampf gegen den Militarismus nicht getrennt werden kann von dem sozialistischen Klassenkampf im Ganzen. Kriege liegen also im Wesen des Kapitalismus; sie werden erst aufhören, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist.*“

1912, Basel: Zu einem weiteren Internationalen Sozialisten-Kongress gegen den drohenden Krieg finden sich über die Delegierten hinaus weit mehr als 10.000 Arbeitende aus allen Ländern Europas ein. „*Eine Hoffnung, die betrogen werden sollte*“ – Louis Aragon.

Noch am 25. Juli 1914 ruft der SPD-Parteivorstand zu Massenprotesten gegen den drohenden Weltkrieg auf: *„Parteigenossen, wir fordern euch auf, sofort in Massenversammlungen den unerschütterlichen Friedenswillen des klassenbewussten Proletariats zum Ausdruck zu bringen (...) Gefahr ist im Verzuge! Der Weltkrieg droht! Die herrschenden Klassen, die euch im Frieden knebeln, verachten, ausnutzen, wollen euch als Kanonenfutter missbrauchen. Wir wollen keinen Krieg! Hoch die internationale Völkerverbrüderung!“*

10 Tage später folgt der gleiche Parteivorstand einem Kaiser, der verkündete, er kenne keine Parteien mehr, er kenne nur noch Deutsche. Begründung von Philipp Scheidemann, nach dem Tod von August Bebel zusammen mit Hugo Haase Vorsitzender der SPD-Fraktion im Reichstag: *„Deutschlands Existenz steht auf dem Spiel. Die Entente-Mächte und mit ihnen die irreführten Führer unserer sozialistischen Parteien des feindlichen Auslandes erklären immer wieder, es gilt, Deutschland niederzuringen. Dagegen muss sich das deutsche Volk schützen.“*

Johann Knief, führendes Mitglied der Bremer Linksradikalen innerhalb der SPD, zum Kniefall der SPD: *»Nicht die Arbeiterbewegung hat eine Niederlage erlitten, sondern nur ihre Führerschaft. Sie hat dafür gesorgt, dass die Sozialdemokratie aufgehört hat zu existieren (...) Die Masse selbst wird sich ihre Bahn brechen müssen; ihre Führer sind erledigt (...) Bislang wurde die Rechnung ohne die Massen gemacht. Die Massen aber werden ihre Forderungen stellen. Es lebe die Zukunft!«*

Karl Liebknecht, ein halbes Jahr nach Kriegsbeginn, auf einer Versammlung der SPD in Berlin-Neukölln im Januar 1915: *„Eine Organisation, und wäre sie die riesenhafteste an Zahl und materiellen Mitteln, die im entscheidenden Moment versagt, ist damit zusammengebrochen. Eine oppositionelle Kampforganisation, die sich im entscheidenden Moment freudig der Regierungskuratel unterstellt und unter der Pickelhaube des Belagerungszustandes wohnlich einrichtet, hat aufgehört, als oppositionelle Kampforganisation zu existieren. (...) Klassenkampf ist die Losung des Tages. Klassenkampf nicht erst nach dem Kriege. Klassenkampf während des Krieges. Klassenkampf gegen den Krieg. Nimmt die Partei nicht heute, während des Krieges, den Kampf auf, so wird man auch an ihren Kampfgeist nach dem Kriege nicht glauben, weder in den Arbeitermassen noch in den Reihen ihrer Gegner. Jetzt gilt es, sich zu bewähren.“*

Rosa Luxemburg, während des wechselseitigen millionenfachen Abschlachtens von Genossinnen und Genossen, die zu Feinden gemacht worden waren, in ihrer Juni-Broschüre „Die Krise der Sozialdemokratie“, geschrieben im April 1915 im Gefängnis: *„Geschändet, entehrt, im Blute wadend, von Schmutz triefend – so steht die bürgerliche Gesellschaft da, so ist sie. Nicht wenn sie, geleckt und sittsam, Kultur, Philosophie und Ethik, Ordnung, Frieden und Rechtsstaat mimt – als reißen Bestie, als Hexensabbat der Anarchie, als Pesthauch für Kultur und Menschheit –, so zeigt sie sich in ihrer wahren, nackten Gestalt.“* Und weiter: *„Mitten in diesem Hexensabbat vollzog sich eine weltgeschichtliche Katastrophe: die Kapitulation der*

*internationalen Sozialdemokratie. Sich darüber zu täuschen, sie zu verschleiern, wäre das Törichtste, das Verhängnisvollste, was dem Proletariat passieren könnte.“*

Herbst 1918: die Niederlage Deutschlands. Nicht, wie geschichtsfälschend mit der Dolchstoßlegende vielfach behauptet wird, durch die Aufstände der Matrosen, Arbeitenden und in der Heimat Hungernden herbeigeführt, sondern Folge all dessen, wovor die Opposition in der SPD vergeblich gewarnt hatte.

Kurt Tucholsky, „1918 am Rhein“: *„Sie ziehen zurück — wozu sind sie hinausgezogen? Für wen? Verkleidete Bergarbeiter, Handwerker, Rohrleger, kaufmännische Angestellte kommen zurück — mit einem Feind im Rücken, der ihnen im Grunde kein Feind gewesen ist, nur Partner im Kriege — mit einem Feind vor sich, den nur die Klassenbewussten unter ihnen wirklich kennen. Sie wissen noch nicht, was sie zu Hause als Dank des Vaterlandes erwartet: Inflation, dieser betrügerische Bankrott des Staates, Hunger, Arbeitslosigkeit — und 1,67 Mark Kriegsverletztenrente in der Woche. Wozu? Für wen —? Für die Bankhalter eurer Kriege; für die Bankhalter eures Friedens.“*

Mit dem „Feind, den nur die Klassenbewussten wirklich kennen“ verbündete sich am 10. November 1918 die Führung der Sozialdemokratischen Partei: durch eine Vereinbarung mit der und oberster Heeresleitung (OHL), den Ebert-Gröner-Pakt, sicherte sich die SPD-Führung ab, um die revolutionäre Bewegung wenn nötig militärisch niederringen zu können. In Zusammenarbeit mit der obersten Heeresleitung wurden Freikorps angeworben, die mit den einsatzfähigen Teilen des Militärs am 8. Januar bei der Niederschlagung des (fälschlicherweise so genannten) „Spartakusaufstandes“ zum Einsatz kamen. Übergangen oder unterschlagen bis heute: Am 4. Januar 1918 hatte der Rat der Volksbeauftragten den Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn (USPD) abgesetzt. Anlass: Eichhorn hatte sich aus Sicht der SPD-geführten Regierung als unzuverlässig erwiesen, sich geweigert, auf revolutionäre Arbeiter schießen zu lassen, diesen sogar durch Zugang zu Waffendepots geholfen. Folgerichtig empfand das Berliner Proletariat seine Absetzung als konterrevolutionären Akt – Hunderttausende demonstrierten am 5. Januar. Es war die Provokation der SPD-geführten Regierung, die zu den Aktionen in Berlin und im Reich führten.

Paul Frölich: *„Die Wahrheit ist, dass die Januarkämpfe von der Leitung der Konterrevolution mit Umsicht und Entschlossenheit vorbereitet und mit Tücke herausgefordert worden sind. Sie entsprangen einem so teuflischen Plan, wie er in der modernen Geschichte ohne Beispiel war und erst in den politischen Künsten des Faschismus seinesgleichen gefunden hat.“*

Mehr als 5000 verloren ihr Leben, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden ermordet. Es folgten weitere revolutionäre Anläufe, die ebenfalls niedergeschlagen wurden: Bremer Räterepublik (10. Januar bis 4. Februar), Generalstreik in Berlin (März), im Ruhrgebiet, in Mitteldeutschland, Münchener Räterepublik (April).

Sozialismus war die Hoffnung der arbeitenden Massen. Hoffen auf ein Ende von Ausbeutung, Armut und gesellschaftlicher Ausgrenzung. Sie ahnten nicht, in welche Irre sie geführt wurden, vertrauten dem Versprechen ihrer Vertreter im Rat der Volksbeauftragten: *"Die Sozialisierung marschiert!"* – : Achtstundentag, Anerkennung der Gewerkschaften, Durchsetzung des Frauenwahlrechts, Frieden und Demokratie.

Kurt Tucholsky (1928): *„Ich will Ihnen erklären, wer für die Nachwelt gefälscht hat und täglich fälscht; wer lügt, leugnet, Akten stiehlt, Briefe vernichtet und Dokumente unterschlägt. (...) Wir haben ein Reichsarchiv, bezahlt vom Geld der Allgemeinheit, das lügt, lügt, lügt. Glauben Sie ihm kein Wort – wir haben Professoren, die (...) lehren die Wahrheit nicht, weil sie entweder die Wahrheit nicht kennen, oder aber sie kennen sie und wagen nicht, sie zu lehren – denn diese Wahrheit wäre den Interessen der Auftraggeber abträglich. Glauben Sie auch denen nicht. So ist es nicht gewesen. Schreiben, sagen, wie es gewesen ist (...) – die Vergangenheit klagt an. Unsere Stimmen steigen noch aus der Erde auf: wie war es? So war es!“* –

Die Novemberrevolution, begonnen als von der Arbeiterklasse soziale Revolution, endete, selbst aufs Bürgertum bezogen, als unvollendete: weder erfolgte die Enteignung des Adels noch die Auflösung der Heeresführung zugunsten einer vergeblich geforderten „Freiwilligen Volkswehr“. Am Ende des reformistischen Weges stand nicht nur die Zertrümmerung der sozialen Errungenschaften der Novemberrevolution, sondern mit der Machtübernahme der NSDAP die Beseitigung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie selbst. Trotz aller Anbiederungsversuche der SPD und des ADGB (Aufruf zur Teilnahme am Naziaufmarsch zum 1. Mai 1933) endete der Weg des Reformismus mit der Zerschlagung der Gewerkschaften und der SPD selbst. Die Faschisten stellten die "Volksgemeinschaft" auf reaktionärer Basis her und führten den Revanche-Krieg, dessen Hauptziel in der Vernichtung der Sowjetunion und der internationalen kommunistischen Bewegung bestand.

1945, nach der Niederlage im 2. Weltkrieg, dem vergeblichen Versuch das Resultat des 1. Weltkriegs zu korrigieren, konnte die Nachkriegsordnung nicht, wie nach 1918, durch eine offene Klassenauseinandersetzung um die Macht im Staat geregelt werden. Sie wurde bestimmt durch die gegensätzlichen Interessen der Besatzungsmächte. In den Westzonen wurden beispielsweise Gewerkschaften erst zugelassen, nachdem durch den Einfluss rechter Sozialdemokraten deren sozialpartnerschaftliche Ausrichtung gesichert war.

Seit dem Ende der sozialistischen Staaten scheint der Weg offen für die deutsche Bourgeoisie von der ökonomisch stärksten auch zur politischen Führungsmacht in Europa. Folgerichtig: militärischen Beteiligung zunächst am Krieg gegen Jugoslawien, und: unter Beteiligung der BRD konnten sich NATO und EU inzwischen auch die ehemals sozialistischen Staaten Osteuropas einverleiben.

Zurück zur „Feier“ von DGB und BDA: Um den Kapitalismus zu retten, hatten Großindustrie und Gewerkschaften 1918 ein Abkommen geschlossen, das bis heute

als Grundlage für das Tarifsysteem in Deutschland gilt. Die Arbeitenden wurden durch ihre Führungen in SPD und Gewerkschaft veranlasst auf die Revolution zu verzichten zugunsten sozial erträglicher Arbeitsbedingungen.

Auf der derzeitigen Website des DGB wird das Abkommen zwischen Stinnes und Legien, in dem die Gewerkschaften die Arbeitenden zum Ausgleich für einige sozialpolitische Zugeständnisse unter das Kommando des Kapitals stellten, noch heute als „entscheidender Beitrag zur Zähmung des Kapitalismus und zur Demokratie in der Wirtschaft“ gefeiert.

*Mit Hermann Zoller (IG Medien): „Die Gewerkschaftsführungen müssten doch wissen, wie Sozial-Partnerschaft heute aussieht: ein Zerfall der Tarifverträge, Löhne, die der wirtschaftlichen Entwicklung hinterherhinken, versteckte Arbeitslosigkeit, zunehmende Teilzeitarbeit, Arbeit auf Abruf, Millionen unbezahlter Überstunden, immer mehr unsichere Arbeitsplätze, Rentenkürzung in großem Stil, Wohnungsnot, Lehrermangel, nicht zuletzt das menschenverachtende Hartz-IV-Regime. Wissen wir nicht, dass das Unternehmerlager das Streikrecht gern noch weiter einschränken würde? (...) Erleben wir statt sozialem Ausgleich nicht eher eine Zeit der Diktatur der Renditeerwartungen des Kapitals?“*

Politisch, zur zeitentsprechenden Weiterführung des zitierten Ebert-Gröner-Paktes zwischen SPD-Führung und oberster Heeresleitung im Rahmen der Nato, zur erneuten Irreführung und zum erneut drohenden Irrlauf der Massen, dem wir bislang noch nicht in der Lage sind orientierend entgegenzutreten, als kleiner Hinweis – auch im Hinblick auf Konfusion und Differenzen unter linken Parteien und Gruppierungen – aus „Faschismus und Kapitalismus“ von Bertolt Brecht:

*„Die Geschäfte des Kapitalismus sind nun in verschiedenen Ländern (ihre Zahl wächst) ohne Rohheit nicht mehr zu machen. Manche glauben noch, es ginge doch; aber ein Blick in ihre Kontobücher wird sie früher oder später vom Gegenteil überzeugen. Das ist nur eine Zeitfrage.*

*Die große Wahrheit unseres Zeitalters (mit deren Erkenntnis noch nicht gedient ist, ohne deren Erkenntnis aber keine andere Wahrheit von Belang gefunden werden kann) ist es, dass unser Erdteil in Barbarei versinkt, weil die Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln mit Gewalt festgehalten werden. Was nützt es da, etwas Mutiges zu schreiben, aus dem hervorgeht, dass der Zustand, in den wir versinken, ein barbarischer ist (was wahr ist), wenn nicht klar ist, warum wir in diesen Zustand geraten? Wir müssen sagen, dass gefoltert wird, weil die Eigentumsverhältnisse bleiben sollen. Freilich, wenn wir dies sagen, verlieren wir viele Freunde, die gegen das Foltern sind, weil sie glauben, die Eigentumsverhältnisse könnten auch ohne Foltern aufrechterhalten bleiben (was unwahr ist).*

*Wir müssen die Wahrheit über die barbarischen Zustände in unserem Land sagen, dass das getan werden kann, was sie zum Verschwinden bringt, nämlich das, wodurch die Eigentumsverhältnisse geändert werden.“*

Die Eigentumsfrage, konkretisiert heute innenpolitisch: in Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und Deregulierung der Arbeitsverhältnisse, Hartz-IV, Rentenkürzungen, Kürzungen in der Gesundheitsversorgung, Bildungs- und Ausbildungsmangel, Einschränkung der Informationsmöglichkeiten, zunehmender Verarmung, und, und; außenpolitisch: Aufrüstung und zunehmende Kriegsgefahr, anschwellende Flüchtlingsströme, die nur noch nach Zehntausenden zu zählenden Toten im Mittelmeer, Tabuisierung der Israel-Palästina-Frage, Zerstörung von Natur und Umwelt, der uns von der Erde gegebenen Lebensgrundlagen. Und, und, und. Lasst uns die Scheu überwinden, die Eigentumsfrage als Ursache bis ins Heute gesteigerter Missstände zu stellen. –